

# AO-Basics

## *Einspruchsverfahren*

---

### ARBEITSBUCH



**1.200+**  
Lernvideos

**3.000+**  
Lerntexte

**Regelmäßiges  
Gruppenmentoring**

**Falltraining**  
mit 90+ Übungsfällen  
auf Klausurniveau für deine optimale  
Nachbereitung inkl. 90+ Seiten Musterlösung

**Digitale  
Lernpfade**  
mit allen  
Online-Kursen

**Prüfungsplaner**  
Mit persönlichem Dashboard zum  
Tracken deines Lernfortschritts

**-43% ~~349€~~**

**199€**

**pro Monat**

**100%**  
Remote

**Klausuren**  
auf IHK-Niveau

**250+**  
Webinare pro Jahr  
zu allen Themen

**All-inclusive**  
Alle Inhalte in  
einem Paket

**2x**  
pro Jahr intensive  
Prüfungsvorbereitung

**Durchsuchbare  
Datenbank**

**Abendlehrgang**  
mit 120 Abendterminen  
(inkl. zukünftiger Aufzeichnung)

**WhatsApp  
Community**

**Zeitlich  
unabhängig**

**Persönliche  
Ansprechpartner**

**Flexible  
Laufzeit  
& Nutzung**

**Umfangreiches  
Lernmaterial von  
Top-Dozenten**

**Immer  
Up-to-Date**  
Laufend aktualisiert

**4.000+**  
Quizfragen  
Interaktive Übungs-  
aufgaben für die direkte  
Wissensüberprüfung



<https://one.examio.de/bilanzbuchhalter>

## IMPRESSUM:

### Wirtschaftsteacher

Jens Köhler  
Essener Straße 100  
04357 Leipzig



+49 (0) 179 – 675 18 04



info@wirtschaftsteacher.de

Rechtsstand: Dezember 2025

## AGENDA

RECHTSBEHELFE IM ÜBERBLICK

1

DAS EINSPRUCHSVERFAHREN

2

PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

3

AUSSETZUNG DER VOLLZIEHUNG

4

ENTSCHEIDUNG ÜBER  
EINSPRUCH

5

## AUSGANGSLAGE

### Einordnung der Abgabenordnung

Die Abgabenordnung ist das  
**Grundgesetz der Steuerrechts (Mantelgesetz).**

u.a.

- Begriffsdefinitionen
- Fristen und Termine
- Zuständigkeiten
- Einspruch

**aber auch:** Steuerfestsetzung

#### Einzelsteuergesetze

- Steuerbarkeit
- Steuerpflicht
- BMG
- Steuersatz

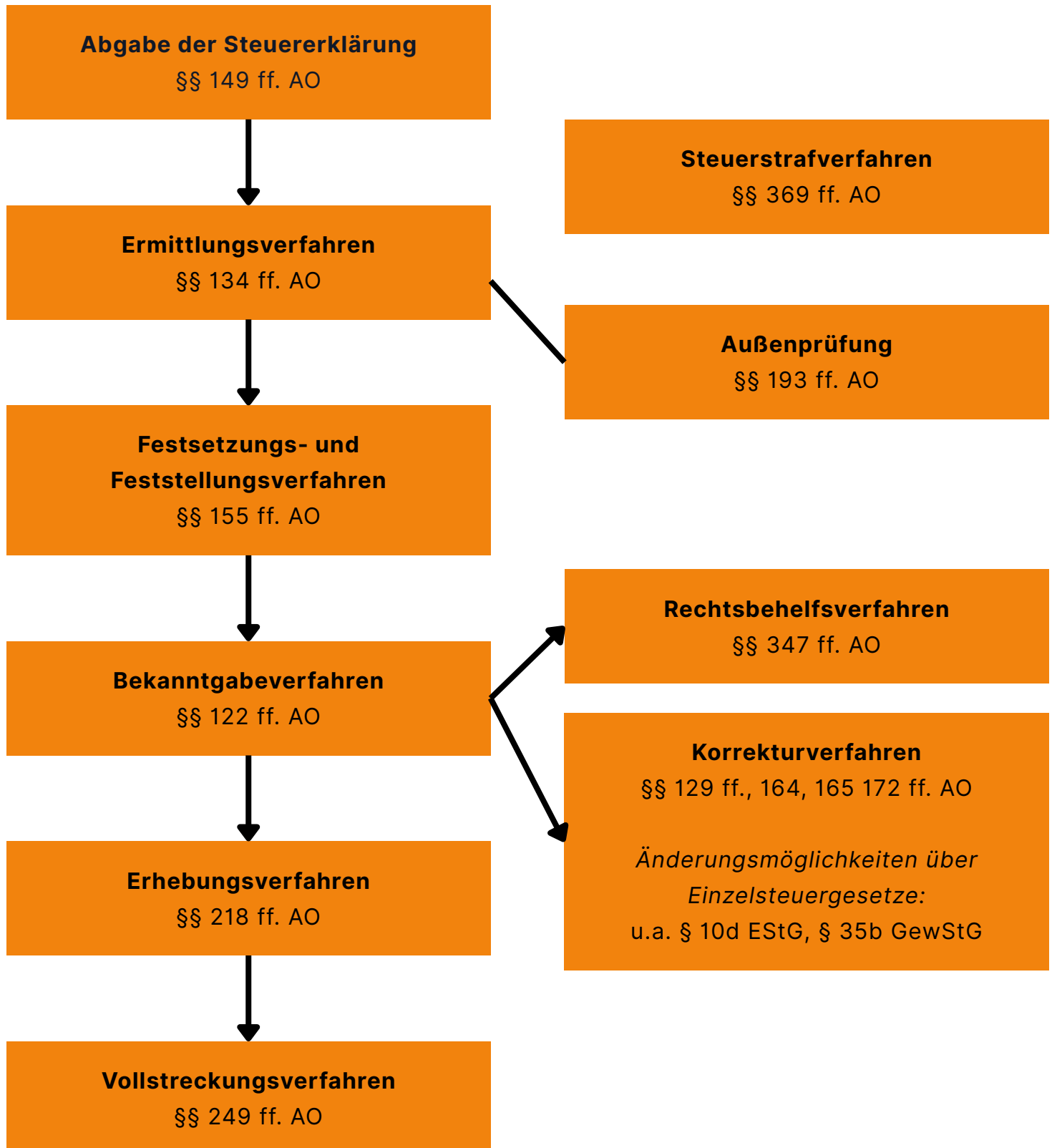
**Einkommensteuergesetz**

**Umsatzsteuergesetz**

**Körperschaftsteuergesetz**

## AUSGANGSLAGE

### Ablauf des Besteuerungsverfahrens



Quelle: in Anlehnung an Bundesfinanzministerium der Finanzen

## AUSGANGSLAGE

Finanzamt Musterhausen

10115 Musterhausen

10.01.2025

**IdNr.** 11 222 333 444

Musterstraße 12

Zi.Nr.: 001

**Steuernummer** 123/222/333

Tel: 030/1111-12345

(Bitte bei Rückfragen angeben)

Finanzamt Musterhausen, 10115 Musterhausen

Frau

Erika Musterfrau

Hauptstraße 17

10100 Musterdorf

### Bescheid für 2024

über

### Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag

#### Festsetzung

##### Art der Festsetzung

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 1 und 2 AO teilweise vorläufig.

Er ergeht nach § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

	Einkommen- steuer €	Solidaritäts- zuschlag €
Festgesetzt werden .....	15.474,00	0,00
ab Steuerabzug vom Lohn .....	12.227,00	0,00
verbleibende Steuer .....	3.247,00	0,00
Abrechnung (Stichtag 10.09.2025)		
bereits getilgt .....	1.800,00	0,00
mithin sind zu wenig entrichtet .....	1.447,00	0,00

Den Gesamtbetrag von 1.447,00 € zahlen Sie bitte bis zum 14.02.2025 auf einer der angeführten Konten.

Besteuerungsgrundlagen

....

## AUSGANGSLAGE

Der Sachbearbeiter im Finanzamt erhält am 06. Mai 2025 folgendes Schreiben auf seinen Schreibtisch:



04.05.2025

Erika Musterfrau, Hauptstraße 17, 10100 Musterdorf

Finanzamt Musterhausen,  
10115 Musterhausen

### Brief vom 10.01.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Schreiben vom 10.01.2025 bin ich so gar nicht einverstanden. Manchmal frage ich mich, ob die arbeitende Bevölkerung nicht schon unter den hohen Preisen im Supermarkt genug leiden muss.

Ich kann Ihnen erst heute Schreiben, da ich seit dem 01.02.2025 aufgrund eines schweren Unfalls im Krankenhaus lag. Erst seit einer Woche kann Arme und Beine wieder bewegen und feste Nahrung zu mir nehmen. Leider bin ich telefonisch nicht erreichbar, da meine Stimme noch stark beeinträchtigt ist.

Bei der Berechnung der Steuer haben Sie unberechtigterweise die Fahrtkosten nach Dresden nicht als Betriebsausgabe berücksichtigt und daher den Gewinn zu hoch angesetzt.

**Ich fordere eine Korrektur!** Das geht gar nicht!!!!

Mit freundlichen Grüßen

*Erika Musterfrau*

# K A P I T E L

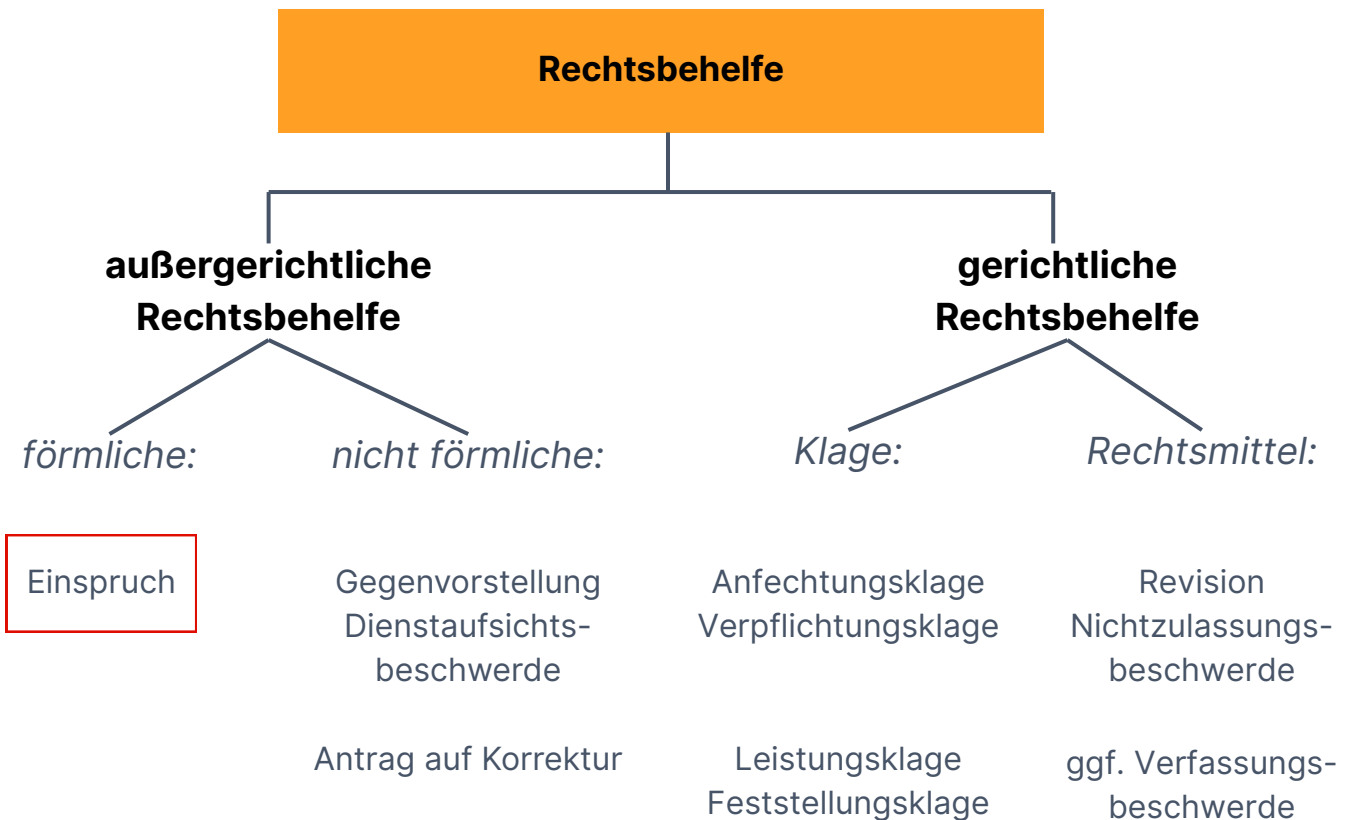
## RECHTSBEHELFE IM ÜBERBLICK

AO-BASICS: EINSPRUCHSVERFAHREN



# RECHTSBEHELFE IM ÜBERBLICK

## Welche Rechtsbehelfe im Steuerrecht gibt es?



### AEAO vor § 347

Das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren nach der AO (**Einspruchsverfahren**) ist **abzugrenzen**

- von den in der AO **nicht** **geregelt** **nichtförmlichen Rechtsbehelfen** (Gegenvorstellung, Sachaufsichtsbeschwerde, Dienstaufsichtsbeschwerde),
- von dem Antrag, einen Verwaltungsakt zu berichtigen, zurückzunehmen, zu widerrufen, aufzuheben oder zu ändern (Korrekturantrag; §§ 129-132, 172-177 AO).

In **Zweifelsfällen** ist ein **Einspruch** anzunehmen, da er die **Rechte des Steuerpflichtigen umfassender wahrt** als ein Korrekturantrag.



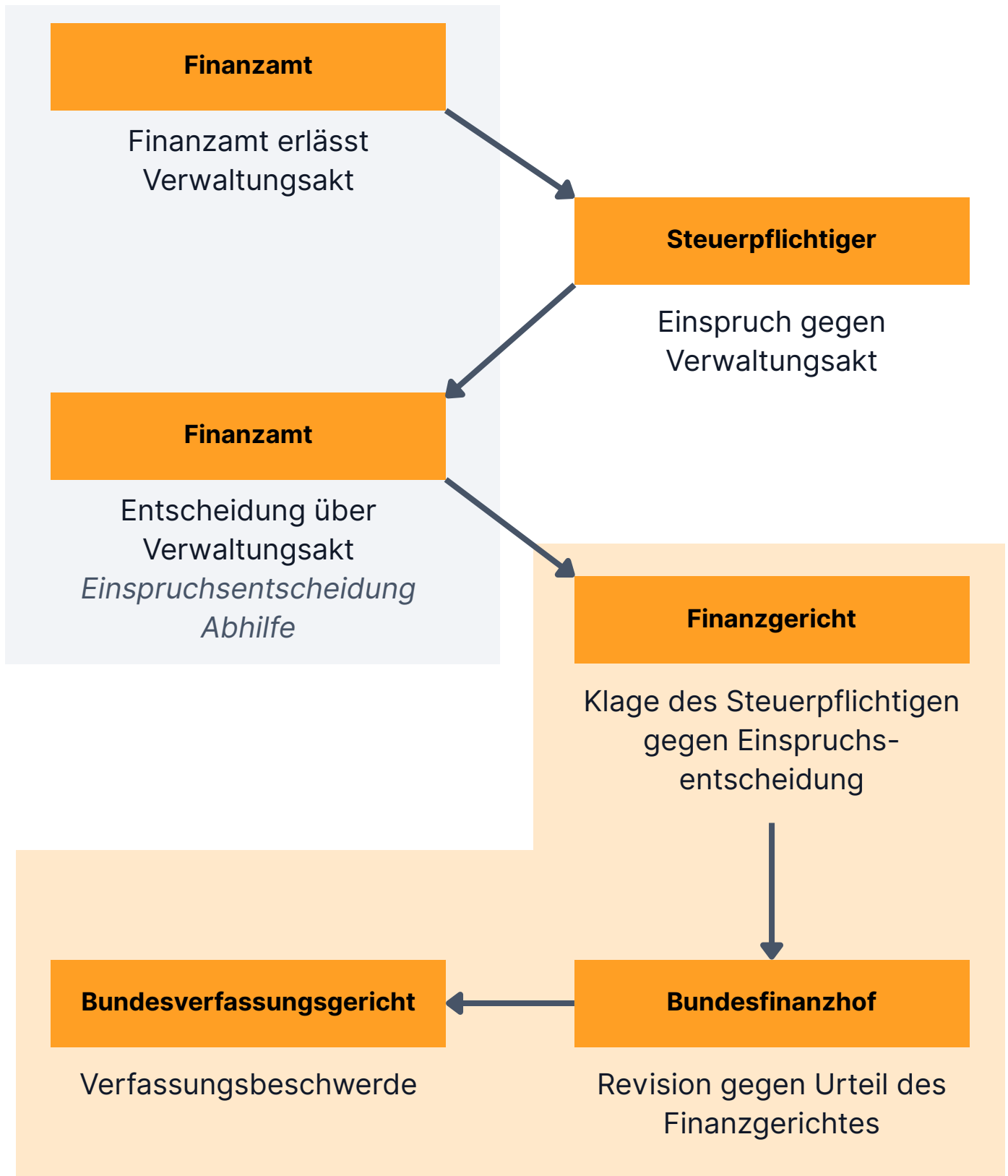
## RECHTSBEHELFE IM ÜBERBLICK

### Unterschied zwischen Einspruch und Antrag auf schlichte Änderung

	Einspruch	Schlichte Änderung
<b>Form</b>	Schriftlich, Elektronisch oder zur Niederschrift	formlos
<b>Vollzug des Steuerbetrages</b>	Aussetzung der Vollziehung möglich	Aussetzung der Vollziehung <u>nicht</u> möglich
<b>Rechtsanspruch auf Entscheidung</b>	Ja, das eine erneute Überprüfung stattfindet. (Grundsatz der Vollüberprüfung)	Nein, Ermessen.
<b>Beschränkung auf Antrag</b>	Nein, Verböserung ist auch möglich.	Ja, Änderung nur gem. Antrag



## RECHTSBEHELFE IM ÜBERBLICK



# NOTIZEN

[illegible]

# K A P I T E L

## DAS EINSPRUCHS- VERFAHREN

AO-BASICS: EINSPRUCHSVERFAHREN

# DAS EINSPRUCHSVERFAHREN

## 1. Schritt: Prüfung der Zulässigkeit (Formelle Prüfung)

### § 358 AO

Die zur Entscheidung über den Einspruch berufene Finanzbehörde hat **zu prüfen**, **ob** der **Einspruch zulässig**, insbesondere in der vorgeschriebenen Form und Frist eingelegt ist. **Mangelt** es an einem dieser **Erfordernisse**, so ist der Einspruch als **unzulässig zu verwerfen**.



Die wichtigsten **Zulässigkeitsvoraussetzungen** nach § 358 AO sind folgende:

- Statthaftigkeit,
- Form,
- Frist,
- Beschwer und
- Einspruchsbefugnis.

## 2. Schritt: Prüfung der Begründetheit (Inhaltliche Prüfung)

### § 367 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Die Finanzbehörde, die über den Einspruch entscheidet, hat die Sache **in vollem Umfang erneut zu prüfen**. [...].



## 3. Schritt: Entscheidung über Einspruch

### § 367 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Über den Einspruch entscheidet die Finanzbehörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, **durch Einspruchsentscheidung**. [...].



# NOTIZEN

This image shows a single sheet of white paper with horizontal orange ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins or other markings on the paper.

# K A P I T E L

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

AO-BASICS: EINSPRUCHSVERFAHREN



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**

**Form**

**Frist**

**Beschwer**

**Einspruchsbefugnis**

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - STATTHAFTIGKEIT -

### Wogegen können Einsprüche eingelegt werden?

#### § 347 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Gegen **Verwaltungsakte**

1. in **Abgabenangelegenheiten**, auf die dieses Gesetz Anwendung findet,
2. [...]

ist als Rechtsbehelf der **Einspruch** statthaft. [...].



Der Einspruch ist gegen alle Verwaltungsakte (vgl. § 118 AO) in Abgabenangelegenheiten möglich.

#### § 348 AO

Der Einspruch ist **nicht statthaft**

1. gegen **Einspruchsentscheidungen** (§ 367),  
[...].



Gegen eine ergangene Einspruchsentscheidung ist kein mehr Einspruch möglich. Sollte der Steuerpflichtige mit der Einspruchsentscheidung nicht einverstanden sein kann er vor dem Finanzgericht Klage erheben (vgl. u.a. § 44 ff. FGO).

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - STATTHAFTIGKEIT -

### Exkurs: Verwaltungsakte

#### § 118 AO

<sup>1</sup>**Verwaltungsakt** ist jede **Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme**, die eine **Behörde** zur **Regelung eines Einzelfalls** auf dem Gebiet des **öffentlichen Rechts** trifft und die auf **unmittelbare Rechtswirkung nach außen** gerichtet ist. [...].



Voraussetzungen für einen Verwaltungsakt:

- hoheitliche Maßnahme
- Behörde
- Regel eines Einzelfalls
- auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts
- unmittelbare Rechtswirkung nach außen



#### **Verwaltungsakt**

- Steuerbescheid
- Steuermessbescheid
- Fristverlängerung
- Stundung
- Festsetzung Verspätungszuschläge



#### **kein Verwaltungsakt**

- innerdienstliche Anweisungen
- Gesetze
- Richtlinien
- Gerichtsurteil
- Kaufvertrag des Finanzamt



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - STATTHAFTIGKEIT -

### Fälle zur Statthaftigkeit

#### Ist ein Einspruch in diesen Fällen statthaft?

Tim Taler hat die Abgabefrist für die Einkommensteuererklärung überschritten. Er erhält vom Finanzamt einen Einkommensteuerbescheid mit einem festgesetzten Verspätungszuschlag.	
Gudrun Gulden hat Klage vor dem Finanzgericht wegen der Umsatzsteuer 2024 erhoben. Das Urteil hat dem Finanzamt Recht gegeben.	
Donald Dollar ist an der Donald & Dagobert OHG beteiligt. Er erhält den Feststellungsbescheid 2023 für die OHG.	
Paul Pfund betreibt in Chemnitz einen Gewerbebetrieb. Das Finanzamt in Chemnitz erlässt einen Gewerbesteuerermessbescheid.	
Der Amtsleiter des Finanzamtes bestellt zehn neue Schreibtische beim Möbelhändler Tischbein.	

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - STATTHAFTIGKEIT -

### Fälle zur Statthaftigkeit

#### Ist ein Einspruch in diesen Fällen statthaft?

Tim Taler hat die Abgabefrist für die Einkommensteuererklärung überschritten. Er erhält vom Finanzamt einen Einkommensteuerbescheid mit einem festgesetzten Verspätungszuschlag.	Der Einkommensteuerbescheid ist ein Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten. Ein Einspruch ist daher statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.
Gudrun Gulden hat Klage vor dem Finanzgericht wegen der Umsatzsteuer 2024 erhoben. Das Urteil hat dem Finanzamt Recht gegeben.	Das Urteil des Finanzgerichtes ist kein Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten. Ein Einspruch ist daher nicht statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO im Umkehrschluss.
Donald Dollar ist an der Donald & Dagobert OHG beteiligt. Er erhält den Feststellungsbescheid 2023 für die OHG.	Feststellungsbescheiden sind Verwaltungsakte, die den Steuerbescheiden gleichgestellt sind, § 181 Abs. 1 S. 1 AO. Ein Einspruch ist daher statthaft, da es sich um einen Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.
Paul Pfund betreibt in Chemnitz einen Gewerbebetrieb. Das Finanzamt in Chemnitz erlässt einen Gewerbesteuerermessbescheid.	Der Gewerbesteuerermessbetrag wird durch Steuerermessbescheid festgesetzt, für die die Vorschriften über die Durchführung der Besteuerung sinngemäß anzuwenden sind, vgl. § 184 Abs. 1 S. 1, 2 AO. Der Gewerbesteuerermessbescheid ist ein Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten. Ein Einspruch ist daher statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.
Der Amtsleiter des Finanzamtes bestellt zehn neue Schreibtische beim Möbelhändler Tischbein.	Der Kaufvertrag ist kein Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten. Ein Einspruch ist daher nicht statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO im Umkehrschluss.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**



**Form**

**Frist**

**Beschwer**

**Einspruchsbefugnis**

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FORM -

### Äußere Form (Muss-Bestandteile)

#### § 357 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Der Einspruch **ist** schriftlich **oder** elektronisch einzureichen **oder** zur Niederschrift zu erklären. <sup>2</sup>Es genügt, wenn aus dem **Einspruch hervorgeht, wer ihn eingelegt** hat. <sup>3</sup>**Unrichtige Bezeichnung** des Einspruchs **schadet nicht**.



Einspruch ist kann nur mit einer der folgenden Formen eingelegt werden:

**schriftlich** ✓



**elektronisch** ✓



**zur Niederschrift** ✓



**Telefon** ✗



Der Absender muss erkennbar sein. Eine unrichtige Bezeichnung macht den Einspruch nicht unzulässig. Es reicht aus, wenn erkennbar ist, dass der Einspruchsführer mit einer Maßnahme des Finanzamtes nicht einverstanden ist.

### Soll-Bestandteile

#### § 357 Abs. 3 AO

<sup>1</sup>Bei der Einlegung **soll** der **Verwaltungsakt** bezeichnet werden, gegen den der Einspruch gerichtet ist. <sup>2</sup>Es **soll** angegeben werden, **inwieweit** der Verwaltungsakt **angefochten** und seine Aufhebung beantragt wird. <sup>3</sup>Ferner **sollen** die Tatsachen, die zur **Begründung** dienen, und die Beweismittel angeführt werden.



Der Steuerpflichtige soll angeben, welcher Verwaltungsakt angefochten wird sowie eine Begründung und Beweismittel enthalten. Beim Fehler einer oder mehrerer dieser "Bausteine" wird der Einspruch nicht unzulässig.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FORM -

### Fälle zur Form

#### Erfüllen diese Einsprüche die Formvorschriften?

Erwin Euro schreibt einen Brief an sein Finanzamt: "Ich widerspreche der Umsatzsteuer 2024." Weitere Angaben zum Sachverhalt machte er nicht.	
Peter Pfennig ruft bei seinem Finanzamt an und teilt mit, dass das der Bearbeiter einen Zahlendreher bei den Umsätzen festgesetzt hat.	
Das Finanzamt erhält von Manuel Mark ein Schreiben gegen den letzten Einkommensteuerbescheid. Demnach erhebt Herr Mark Klage gegen den Bescheid.	



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FORM -

### Fälle zur Form

#### Erfüllen diese Einsprüche die Formvorschriften?

Erwin Euro schreibt einen Brief an sein Finanzamt: "Ich widerspreche der Umsatzsteuer 2024." Weitere Angaben zum Sachverhalt machte er nicht.	Der Einspruch ist schriftlich erklärt, § 357 Abs. 1 S. 1 AO. Erwin Euro geht als Absender eindeutig hervor, § 357 Abs. 1 S. 2 AO. Die unrichtige Bezeichnung als Widerspruch schadet nicht, § 357 Abs. 1 S. 3 AO. Die Soll-Vorschriften liegen nicht vor und sind aber auch nicht verpflichtend.
Peter Pfennig ruft bei seinem Finanzamt an und teilt mit, dass das der Bearbeiter einen Zahlendreher bei den Umsätzen festgesetzt hat.	Ein telefonischer Einspruch ist unzulässig, § 357 Abs. 1 S. 1 AO im Umkehrschluss.
Das Finanzamt erhält von Manuel Mark ein Schreiben gegen den letzten Einkommensteuerbescheid. Demnach erhebt Herr Mark Klage gegen den Bescheid.	Der Einspruch wurde elektronisch erklärt, § 357 Abs. 1 S. 1 AO. Manuel Mark geht als Absender eindeutig hervor, § 357 Abs. 1 S. 2 AO. Die unrichtige Bezeichnung als Klage schadet nicht, § 357 Abs. 1 S. 3 AO. Die Soll-Vorschriften liegen nicht vor und sind aber auch nicht verpflichtend.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**



**Form**



**Frist**

**Beschwer**

**Einspruchsbefugnis**

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### § 355 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Der **Einspruch** [...] ist **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts** einzulegen. <sup>2</sup>Ein Einspruch gegen eine **Steueranmeldung** ist **innerhalb eines Monats nach Eingang der Steueranmeldung** bei der Finanzbehörde, in den Fällen des **§ 168 Satz 2 innerhalb eines Monats nach Bekanntwerden der Zustimmung**, einzulegen.



... eine Fristberechnung wird notwendig!

### Exkurs: Fristberechnung

#### Der Magische Dreiklang der Fristberechnung

*Fristbeginn*



*Fristdauer*



*Fristende*

### § 108 Abs. 1 AO

Für die Berechnung von Fristen und für die Bestimmung von Terminen **gelten** die **§§ 187 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechend**, soweit nicht durch die Absätze 2 bis 5 etwas anderes bestimmt ist.

### § 108 Abs. 3 AO

Fällt das Ende einer Frist auf einen **Sonntag**, einen **gesetzlichen Feiertag** oder einen **Sonnabend**, so **endet** die **Frist** mit dem **Ablauf des nächstfolgenden Werktags**.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### § 187 Abs. 1 BGB

Ist für den Anfang einer Frist ein **Ereignis** oder ein in den Lauf eines Tages fallender Zeitpunkt **maßgebend**, so wird bei der Berechnung der Frist der **Tag nicht mitgerechnet, in welchen das Ereignis** oder der Zeitpunkt **fällt**.



#### ***Fristdauer***

Gemäß gesetzlicher Vorschrift: z.B.

- Einspruchsfrist 1 Monat, § 355 AO
- Festsetzungsfrist 4 Jahre, § 169 Abs. 2 AO
- Bekanntgabefrist 4 Tage, § 122 Abs. 2 AO



#### ***Fristende***

### § 188 Abs. 2 BGB

Eine Frist, die [...] nach einem mehrere Monate umfassenden Zeitraum - Jahr [...] - bestimmt ist, endet im Falle des § 187 Abs. 1 mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder seine Zahl dem Tage entspricht, in den das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt [...].



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### § 355 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Der **Einspruch** [...] ist **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsakts** einzulegen. <sup>2</sup>Ein Einspruch gegen eine **Steueranmeldung** ist **innerhalb eines Monats nach Eingang der Steueranmeldung** bei der Finanzbehörde, in den Fällen des **§ 168 Satz 2 innerhalb eines Monats nach Bekanntwerden der Zustimmung**, einzulegen.



### Fristbeginn

Die Einspruchsfrist **beginnt**

- mit der **Bekanntgabe** des Verwaltungsaktes.
- Bei einer Steueranmeldung: mit **Eingang** der Steueranmeldung
- Im Falle § 168 S. 2 AO: mit **Bekanntwerden** der Zustimmung

Die Berechnung der Frist erfolgt nach § 108 AO, § 188 BGB (siehe oben).

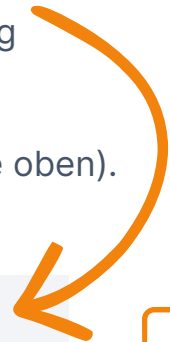
### Exkurs: Bekanntgabe von schriftlichen Verwaltungsakten

#### § 122 Abs. 2 AO

Ein **schriftlicher Verwaltungsakt**, der durch die Post übermittelt wird, gilt als **bekannt gegeben**

1. bei einer Übermittlung im **Inland** am **vierten Tage nach der Aufgabe zur Post**,
2. [...],

**außer** wenn er **nicht** oder zu einem **späteren Zeitpunkt** zugegangen ist; im Zweifel hat die **Behörde den Zugang** des Verwaltungsakts und den Zeitpunkt des Zugangs **nachzuweisen**.



### Fristdauer

Die Einspruchsfrist beträgt **einen Monat**, bei fehlerhafter oder fehlender Rechtsbehelfsbelehrung **ein Jahr**.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### § 356 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Ist die **Belehrung unterblieben** oder **unrichtig** erteilt, so ist die Einlegung des Einspruchs nur binnen **eines Jahres** seit Bekanntgabe des Verwaltungsakts zulässig [...].



### ... Frist überschritten - was tun?

### § 110 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>War jemand **ohne Verschulden** verhindert, eine **gesetzliche Frist** einzuhalten, so ist ihm **auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** zu gewähren. <sup>2</sup>Das **Verschulden eines Vertreters** ist dem **Vertretenen zuzurechnen**.



### § 110 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Der Antrag ist **innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hindernisses** zu stellen. <sup>2</sup>Die **Tatsachen** zur Begründung des Antrags sind bei der Antragstellung oder im Verfahren über den Antrag **glaubhaft zu machen**. <sup>3</sup>Innerhalb der Antragsfrist ist die **versäumte Handlung nachzuholen**. <sup>4</sup>Ist dies geschehen, so kann **Wiedereinsetzung auch ohne Antrag** gewährt werden.



Ist die Einspruchsfrist überschritten ist die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu prüfen.

Die **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** ist zu gewähren, wenn:

- a) eine gesetzliche Frist (hier: Einspruchsfrist)
- b) ohne Verschulden
- c) nicht eingehalten wurde
- d) Antrag
- e) innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hindernisses

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Anbringungsbehörde

#### § 357 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Der Einspruch ist bei der Behörde **anzubringen**, deren **Verwaltungsakt angefochten** wird oder bei der ein Antrag auf Erlass eines Verwaltungsakts gestellt worden ist. <sup>2</sup>Ein **Einspruch**, der sich **gegen die Feststellung von Besteuerungsgrundlagen** oder gegen die **Festsetzung eines Steuermessbetrags** richtet, kann **auch bei** der zur **Erteilung des Steuerbescheids zuständigen Behörde** angebracht werden. <sup>3</sup>[...] <sup>4</sup>Die schriftliche oder elektronische Anbringung **bei einer anderen Behörde** ist **unschädlich**, wenn der Einspruch **vor Ablauf der Einspruchsfrist** einer der **Behörden übermittelt wird**, bei der er nach den Sätzen 1 bis 3 angebracht werden kann.



Einspruch ist anzubringen bei der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat. Wenn der Steuerpflichtige den Einkommensteuerbescheid 2024 vom Finanzamt Chemnitz erhalten hat, dann muss er den Einspruch auch beim Finanzamt Chemnitz abgeben.

### “Sonderfall” gesonderte Feststellung

Einspruch bei Behörde,  
die den Folgebescheid erlässt  
**§ 357 Abs. 2 S. 2 AO**



Einspruch bei Behörde, die den  
Verwaltungsakt erlassen hat  
**§ 357 Abs. 2 S. 1 AO**



#### ESt-Bescheid

- Einkünfte Arbeitnehmer
- Einkünfte Gewerbebetrieb



#### Gesonderte Feststellung



durch Betriebsfinanzamt  
in Dresden

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Fälle zur Frist

#### Sind die Einsprüche fristgerecht eingegangen?

**Fall 1:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid 2023 am 14. April 2025 zur Post. Am 22. Mai 2025 wirft Tim Taler seinen Einspruch in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### *Lösung:*

**Fall 2:** Das Finanzamt gibt den Umsatzsteuerbescheid 2024 am 02. Oktober 2025 zur Post. Nachdem sich Gudrun Gulden über die hohe Nachzahlung aufgeregt hat, fährt sie zur Entspannung erstmal in den Urlaub. Am 08. November wirft sie ein Schreiben mit der Überschrift "Widerspruch!!!" in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### *Lösung:*



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Fälle zur Frist

#### Sind die Einsprüche fristgerecht eingegangen?

**Fall 1:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid 2023 am 14. April 2025 zur Post. Am 22. Mai 2025 wirft Tim Taler seinen Einspruch in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### *Lösung:*

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Fälle zur Frist

#### Sind die Einsprüche fristgerecht eingegangen?

**Fall 1:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid 2023 am 14. April 2025 zur Post. Am 22. Mai 2025 wirft Tim Taler seinen Einspruch in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### **Lösung:**

*Die Einspruchsfrist beträgt einen Monate nach Bekanntgabe des Einkommensteuerbescheid, § 355 Abs. 1 S. 1 AO.*

*Die Bekanntgabefrist beginnt mit der Aufgabe zur Post m.A.d. 14. April 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 4 Tage, § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO. Die Bekanntgabefrist endet grds. m.A.d. 18. April 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 1 BGB. Der 18. April 2025 fällt auf einen Feiertag, daher verlängert sich die Frist auf den nächstfolgenden Werktag, § 108 Abs. 3 AO. Die Bekanntgabefrist endet daher erst m.A.d. 22. April 2025.*

*Die Einspruchsfrist beginnt m.A.d. 22. April 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 1 Monat, § 355 Abs. 1 S. 1 AO. Die Einspruchsfrist endet grds. m.A.d. 22. Mai 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB.*

*Der Einspruch wurde am 22. Mai 2025 in den Briefkasten des Finanzamtes eingeworfen und ist daher fristgemäß.*

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Fälle zur Frist

#### Sind die Einsprüche fristgerecht eingegangen?

**Fall 2:** Das Finanzamt gibt den Umsatzsteuerbescheid 2024 am 02. Oktober 2025 zur Post. Nachdem sich Gudrun Gulden über die hohe Nachzahlung aufgeregt hat, fährt sie zur Entspannung erstmal in den Urlaub. Am 08. November wirft sie ein Schreiben mit der Überschrift "Widerspruch!!!" in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### *Lösung:*

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - FRIST -

### Fälle zur Frist

#### Sind die Einsprüche fristgerecht eingegangen?

**Fall 2:** Das Finanzamt gibt den Umsatzsteuerbescheid 2024 am 02. Oktober 2025 zur Post. Nachdem sich Gudrun Gulden über die hohe Nachzahlung aufgeregt hat, fährt sie zur Entspannung erstmal in den Urlaub. Am 08. November wirft sie ein Schreiben mit der Überschrift "Widerspruch!!!" in den Briefkasten des Finanzamtes.

#### **Lösung:**

*Die Einspruchsfrist beträgt einen Monate nach Bekanntgabe des Umsatzsteuerbescheid, § 355 Abs. 1 S. 1 AO.*

*Die Bekanntgabefrist beginnt mit der Aufgabe zur Post m.A.d. 02. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 4 Tage, § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO. Die Bekanntgabefrist endet m.A.d. 06. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 1 BGB.*

*Die Einspruchsfrist beginnt daher m.A.d. 06. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 1 Monat, § 355 Abs. 1 S. 1 AO. Die Einspruchsfrist endet grds. m.A.d. 06. November 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB.*

*Der Einspruch wurde am 08. November 2025 in den Briefkasten des Finanzamtes eingeworfen und ist daher verfristet.*

*Wenn Gudrun eine gesetzliche Frist unverschuldet überschreitet, könnte ihr auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden, § 110 Abs. 1 AO. Die Einspruchsfrist ist eine gesetzliche Frist. Da die Fristüberschreitung aber durch ihren Urlaub verschuldet wurde hat sie ein Verschulden. Eine Wiedereinsetzung ist somit nicht möglich.*

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**



**Form**



**Frist**



**Beschwer**

**Einspruchsbefugnis**

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - BESCHWER -

### § 350 AO

Befugt, Einspruch einzulegen, ist nur, wer **geltend** macht, durch einen Verwaltungsakt oder dessen Unterlassung **beschwert zu sein**.



Der Steuerpflichtige muss glaubhaft machen, dass er in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Von ihm wird also beispielsweise eine Steuer verlangt, die er nicht leisten will oder eine beantragte Maßnahme bekommt er nicht.

**Geltend macht** heißt nur behaupten, ein Beweis ist nicht notwendig.

Beschert ist nur derjenige, der durch Verwaltungsakt betroffen ist.

**Keine** Beschwer bei einer Steuerfestsetzung mit 0 €, es sei denn, diese Steuerfestsetzung ist für ein außersteuerliches Verfahren notwendig.

### Beschwer ergibt sich aus dem Tenor

### § 157 Abs. 2 AO

Die **Feststellung der Besteuerungsgrundlagen** bildet einen mit Rechtsbehelfen **nicht selbständig anfechtbaren** Teil des Steuerbescheids, soweit die Besteuerungsgrundlagen nicht gesondert festgestellt werden.



Die Beschwer kann sich nur das dem Tenor des Verwaltungsaktes (= konkrete Regelung) ergeben. Es den nicht gesondert festgestellten Besteuerungsgrundlagen kann sich keine Beschwer ergeben.

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**



**Form**



**Frist**



**Beschwer**



**Einspruchsbefugnis**

## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - EINSPRUCHSBEFUGNIS -

Einspruchsbefugt sind grundsätzlich alle Personen die **von einem Bescheid betroffen sind**. Das ist in der Regel der Inhaltsadressat (= derjenige an den sich der Bescheid richtet).

Finanzamt Musterhausen

10115 Musterhausen

10.01.2025

Musterstraße 12

**IdNr. 11 222 333 444**

Zi.Nr.: 001

**Steuernummer 123/222/333**

Tel: 030/1111-12345

(Bitte bei Rückfragen angeben)

Finanzamt Musterhausen, 10115 Musterhausen

Herr

Steuerberater

Peter Paragraf

Zum Pfennigfuchser 3

112020 Pfennigstadt

**B e s c h e i d f ü r 2 0 2 4**

**ü b e r**

**E i n k o m m e n s t e u e r u n d  
S o l i d a r i t ä t s z u s c h l a g**

für Frau Erika Musterfrau, Hauptstraße 17, 10100 Musterdorf

### **F e s t s e t z u n g**

#### **Art der Festsetzung**

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 1 und 2 AO teilweise vorläufig.

Er ergeht nach § 164 Abs. 1 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Steuerberater Peter Paragraf = Bevollmächtigter = Empfänger

Erika Musterfrau = Bekanntgabe- und Inhaltsadressat



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT - EINSPRUCHSBEFUGNIS -

### Besonderheiten bei einheitlichen Feststellungsbescheiden

Bei einheitlichen Feststellungsbescheiden wird die **Einspruchsbefugnis eingeschränkt**, um eine größere Anzahl an Einsprüchen zu verhindern und das Einspruchsverfahren zu verschlanken.

#### § 352 Abs. 1 AO

**Gegen** Bescheide über die **gesonderte und einheitliche Feststellung** von Besteuerungsgrundlagen können Einspruch einlegen:

1. bei **rechtsfähigen Personenvereinigungen**:
  - a) die **Personenvereinigung**,
  - b) wenn die **rechtsfähige Personenvereinigung nicht mehr besteht**, **jeder Gesellschafter oder Gemeinschaftler**, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
2. [...];
3. [...];
4. soweit es sich darum handelt, **wer** an dem festgestellten Betrag **beteiligt** ist und wie dieser sich auf **die einzelnen Beteiligten verteilt**, **jeder**, der durch die **Feststellungen hierzu berührt wird**;
5. soweit es sich um eine Frage handelt, die **einen Beteiligten persönlich angeht**, **jeder**, der durch die **Feststellungen über die Frage berührt wird**.



## PRÜFUNG DER ZULÄSSIGKEIT

**Statthaftigkeit**



**Form**



**Frist**



**Beschwer**



**Einspruchsbefugnis**



# NOTIZEN

This image shows a single sheet of white paper with horizontal orange ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins or other markings on the paper.

# K A P I T E L

## AUSSETZUNG DER VOLLZIEHUNG

AO-BASICS: EINSPRUCHSVERFAHREN

## AUSSETZUNG DER VOLLZIEHUNG

### § 361 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Durch **Einlegung des Einspruchs** wird die **Vollziehung** des angefochtenen Verwaltungsakts [...] **nicht gehemmt**, insbesondere die Erhebung einer Abgabe nicht aufgehalten. [...].



Durch einen Einspruch wird die Zahlungsverpflichtung nicht gehemmt. Auch durch einen Einspruch muss der Steuerpflichtige der Zahlungsverpflichtung nachkommen.

### ... die Lösung?

### § 361 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Die **Finanzbehörde**, die den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hat, **kann** die **Vollziehung** ganz oder teilweise **aussetzen**; [...]. <sup>2</sup>Auf **Antrag soll** die **Aussetzung** erfolgen, **wenn ernstliche Zweifel** an der **Rechtmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts** bestehen oder wenn die Vollziehung für die betroffene Person eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte.[...].



Auf Antrag kann die Vollziehung eines Verwaltungsaktes ausgesetzt werden.

# NOTIZEN

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal orange lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page, providing a guide for writing. There are no margins, text, or other markings on the paper.

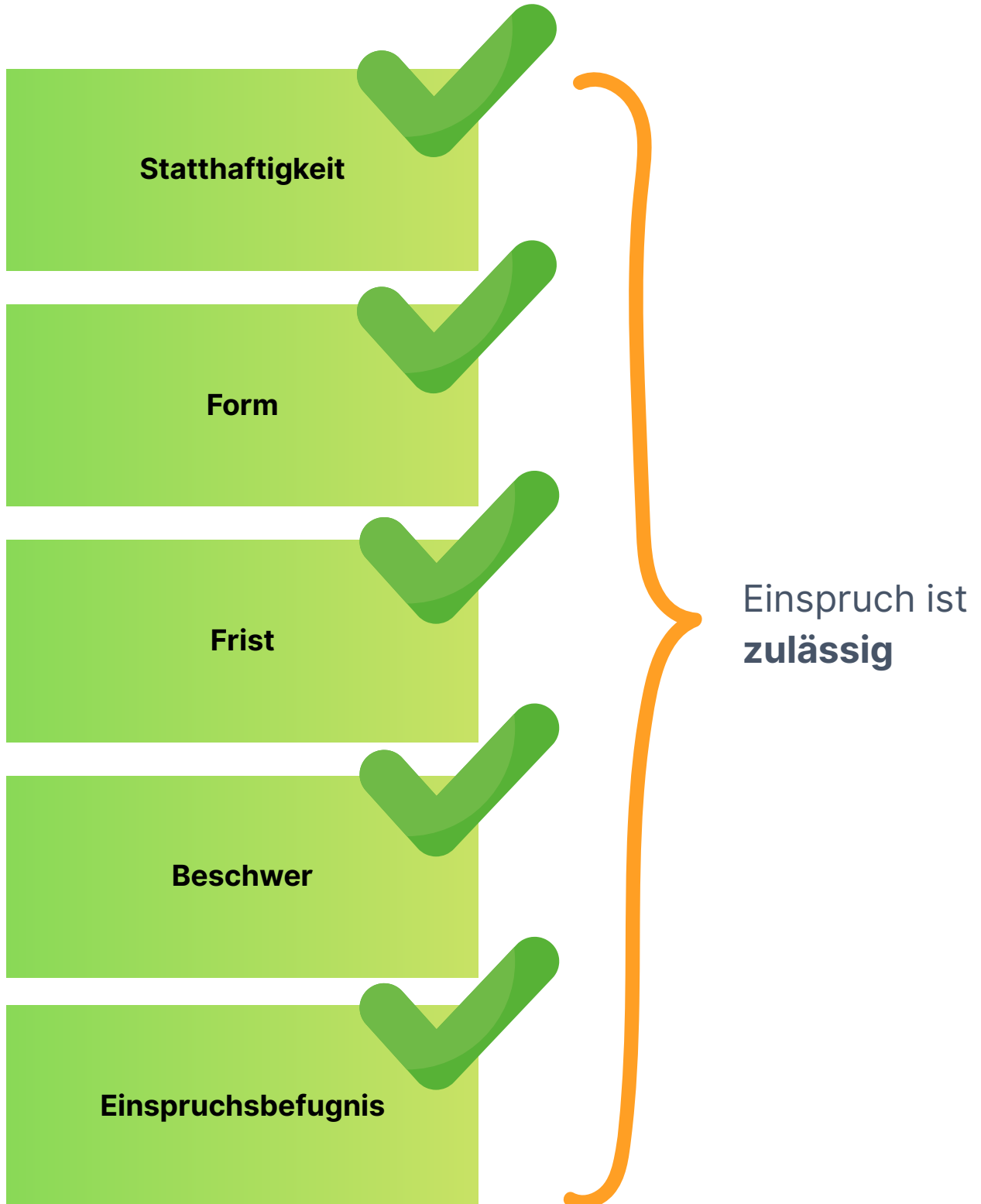
# K A P I T E L

## ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN EINSPRUCH

AO-BASICS: EINSPRUCHSVERFAHREN

## ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN EINSPRUCH

... alle Formerfordernisse sind erfüllt?





## ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN EINSPRUCH

### 1. Schritt: Prüfung der Zulässigkeit (Formelle Prüfung)

#### § 351 Abs. 2 AO

Entscheidungen in einem **Grundlagenbescheid** können **nur** durch **Anfechtung dieses Bescheids**, **nicht** auch durch Anfechtung des **Folgebescheids**, angegriffen werden.



### 2. Schritt: Prüfung der Begründetheit (Inhaltliche Prüfung)

#### § 367 Abs. 2 AO

<sup>1</sup>Die Finanzbehörde, die über den Einspruch entscheidet, hat die Sache **in vollem Umfang erneut zu prüfen**. [...].



Nach der formellen Prüfung erfolgt die inhaltliche Prüfung. Die Finanzbehörde prüft den Sachverhalt in vollem Umfang erneut.



Der angefochtene Bescheid kann auch zum Nachteil des Einspruchsführers geändert werden. Diese **Verböserung** ist dem Einspruchsführer mitzuteilen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, § 367 Abs. 2 S. 2 AO.

## ENTSCHEIDUNG ÜBER DEN EINSPRUCH

### 3. Schritt: Entscheidung über Einspruch

#### § 367 Abs. 1 AO

<sup>1</sup>Über den Einspruch entscheidet die Finanzbehörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, **durch Einspruchsentscheidung**. [...].



Alternativ kann das Finanzamt auch direkt einen neuen Bescheid mit den Änderungen (sog. Abhilfebescheid) erlassen.

Entscheidungsmöglichkeiten

**Einspruchsentscheidung**

**Abhilfebescheid**

**Teilabhilfebescheid**

# NOTIZEN

This image shows a full page of blank white paper with horizontal orange ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page, providing a guide for writing. There are no margins, text, or other markings on the paper.

## GESAMTFÄLLE

### Sind die Einsprüche zulässig?

**Fall 1:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid 2023 am 03. Juni 2025 zur Post. Am 09. Juli 2025 wirft Tim Taler ein Schreiben mit der Aufschrift Widerspruch in den Briefkasten des Finanzamtes. Taler ist ungehalten über die hohe Einkommensteuer, aus seiner Sicht hat das Finanzamt bestimmte Werbungskosten nicht berücksichtigt.

### *Lösung:*

## GESAMTFÄLLE

**Fall 2:** Das Finanzamt gibt den Umsatzsteuerbescheid 2023 am 03. Februar 2025 zur Post. Donald Dollar erhält den Bescheid bereits am 05. Februar 2025. Am gleichen Tag rief er beim Finanzamt an und teilte mit, dass die Betriebsausgaben falsch berechnet wurden. Er forderte eine umgehende Änderung.

**Lösung:**

## GESAMTFÄLLE

**Fall 3:** Das Finanzamt Chemnitz erhielt am 15. August 2025 eine Kontrollmitteilung über die Veräußerung eines PKW aus dem Sonderbetriebsvermögen des Donald Dollar bei der DD-OHG. Aufgrund dieser Kontrollmitteilung erlies das Finanzamt einen neuen Feststellungsbescheid und erhöhte den Gewinn aus Gewerbebetrieb für den Gesellschafter Donald Dollar. Der Bescheid ging am 17. August 2025 zur Post. Am 28. August 2025 legte er Einspruch ein.

**Lösung:**

## GESAMTFÄLLE

**Fall 4:** Gudrun Gulden aus Leipzig betreibt einen Gewerbebetrieb in Zwickau. Das Finanzamt in Zwickau gibt am 29. September 2025 den Feststellungsbescheid zur Post. Gulden erhält den Feststellungsbescheid am 07. Oktober 2025. Am 27. Oktober 2025 (Aufgabe zur Post: 23. Oktober) erhält Gudrun Gulden auch den auf dem Feststellungsbescheid basierenden Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt Leipzig. Am 03. November legt Gulden schriftlich Einspruch beim Finanzamt Leipzig gegen den Feststellungsbescheid ein. Sie moniert, dass der Gewinn aus Gewerbebetrieb zu hoch ist, da Betriebsausgaben nicht berücksichtigt wurden.

**Lösung:**

## GESAMTFÄLLE

**Fall 5:** Gudrun Gulden aus Leipzig betreibt einen Gewerbebetrieb in Zwickau. Das Finanzamt in Zwickau gibt am 29. September 2025 den Feststellungsbescheid zur Post. Gulden erhält den Feststellungsbescheid am 07. Oktober 2025. Am 27. Oktober 2025 (Aufgabe zur Post: 23. Oktober) erhält Gudrun Gulden auch den auf dem Feststellungsbescheid basierenden Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt Leipzig. Am 03. November legt Gulden schriftlich Einspruch beim Finanzamt Leipzig gegen den Einkommensteuerbescheid ein. Sie moniert, dass der Gewinn aus Gewerbebetrieb zu hoch ist, da Betriebsausgaben nicht im Feststellungsbescheid berücksichtigt wurden.

**Lösung:**



## GESAMTFÄLLE

**Fall 6:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid am 22. Dezember 2025 zur Post. Peter Pfenning erhält den Bescheid am 27. Dezember 2025. Vor Wut über die hohe Nachzahlung will er unmittelbar beim Finanzamt Einspruch einlegen. Er war so erbost, dass er auf seiner Treppe stolperte und die komplette Treppe herunterfiel. Pfenning war sofort bewusstlos. Er wachte am 03. März 2026 aus dem Koma auf, erinnerte sich sofort an seinen geplanten Einspruch und gab den Einspruch nunmehr am 07. März 2026 beim Finanzamt ab.

**Lösung:**

## GESAMTFÄLLE

### Sind die Einsprüche zulässig?

**Fall 1:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid 2023 am 03. Juni 2025 zur Post. Am 09. Juli 2025 wirft Tim Taler ein Schreiben mit der Aufschrift Widerspruch in den Briefkasten des Finanzamtes. Taler ist ungehalten über die hohe Einkommensteuer, aus seiner Sicht hat das Finanzamt bestimmte Werbungskosten nicht berücksichtigt.

#### **Lösung:**

*Der Einspruch ist zulässig, wenn alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, § 358 AO.*

*Bei dem Einkommensteuerbescheid handelt es sich um einen Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten, der Einspruch ist somit statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.*

*Der Einspruch wurde schriftlich eingelegt, § 357 Abs. 1 S. 1 AO. Tim Taler ist als Absender ersichtlich, § 357 Abs. 1 S. 2 AO. Die unrichtige Bezeichnung als "Widerspruch" schadet nicht, § 357 Abs. 1 S. 3 AO.*

*Die Einspruchsfrist beträgt einen Monate nach Bekanntgabe des Einkommensteuerbescheid, § 355 Abs. 1 S. 1 AO.*

*Die Bekanntgabefrist beginnt mit der Aufgabe zur Post m.A.d. 03. Juni 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 4 Tage, § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO. Die Bekanntgabefrist endet grds. m.A.d. 07. Juni 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 1 BGB. Der 07. Juni 2025 fällt auf einen Samstag, daher verlängert sich die Frist auf den nächstfolgenden Werktag, § 108 Abs. 3 AO. Die Bekanntgabefrist endet daher erst m.A.d. 10. Juni 2025.*

*Die Einspruchsfrist beginnt daher m.A.d. 10. Juni 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 1 Monat, § 355 Abs. 1 S. 1 AO. Die Einspruchsfrist endet m.A.d. 10. Juli 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB.*

*Der Einspruch wurde am 09. Juli 2025 in den Briefkasten des Finanzamtes eingeworfen und ist daher fristgemäß.*

## GESAMTFÄLLE

*Tim Taler wendet sich gegen die Höhe der Einkommensteuer aufgrund der nicht berücksichtigten Werbungskosten. Eine Beschwer liegt vor, § 350 AO.*

*Tim Taler als Inhaltsadressat ist auch einspruchsbefugt.*

*Der Einspruch ist damit zulässig.*

**Fall 2:** Das Finanzamt gibt den Umsatzsteuerbescheid 2023 am 03. Februar 2025 zur Post. Donald Dollar erhält den Bescheid bereits am 05. Februar 2025. Am gleichen Tag rief er beim Finanzamt an und teilte mit, dass die Betriebsausgaben falsch berechnet wurden. Er forderte ein umgehende Änderung.

### **Lösung:**

*Der Einspruch ist zulässig, wenn alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, § 358 AO.*

*Bei dem Umsatzsteuerbescheid handelt es sich um einen Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten, der Einspruch ist somit statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.*

*Der Einspruch wurde telefonisch eingelegt und erfüllt damit nicht die Formerfordernisse, § 357 Abs. 1 S. 1 AO.*

*Der Einspruch ist damit unzulässig.*

## GESAMTFÄLLE

*Donald Dollar wendet sich gegen die Höhe der gesondert festgestellten Einkünfte aus Gewerbebetrieb aufgrund der erhöhten Sonderbetriebseinnahmen. Eine Beschwerde liegt vor, § 350 AO.*

*Bei einer Personengesellschaft ist die Einspruchsbefugnis eingeschränkt, § 352 AO. Grundsätzlich kann bei einer rechtsfähigen Personenvereinigung (hier: OHG) nur die Personenvereinigung selbst Einspruch einlegen, § 352 Abs. 1 Nr. 1 a) AO. Da Donald Dollar durch sein Sonderbetriebsvermögen aber persönlich betroffen ist, steht auch ihm eine Einspruchsbefugnis zu, § 352 Abs. 1 Nr. 5 AO.*

*Der Einspruch ist damit zulässig.*

**Fall 4:** Gudrun Gulden aus Leipzig betreibt einen Gewerbebetrieb in Zwickau. Das Finanzamt in Zwickau gibt am 29. September 2025 den Feststellungsbescheid zur Post. Gulden erhält den Feststellungsbescheid am 07. Oktober 2025. Am 27. Oktober 2025 (Aufgabe zur Post: 23. Oktober) erhält Gudrun Gulden auch den auf dem Feststellungsbescheid basierenden Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt Leipzig. Am 03. November legt Gulden schriftlich Einspruch beim Finanzamt Leipzig gegen den Feststellungsbescheid ein. Sie moniert, dass der Gewinn aus Gewerbebetrieb zu hoch ist, da Betriebsausgaben nicht berücksichtigt wurden.

### **Lösung:**

*Der Einspruch ist zulässig, wenn alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, § 358 AO.*

*Für die gesonderte Feststellung gelten die Vorschriften über die Durchführung der Besteuerung sinngemäß, § 181 Abs. 1 S. 1 AO. Bei dem Feststellungsbescheid handelt es sich um einen Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten, der Einspruch ist somit statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.*

*Der Einspruch wurde schriftlich eingelegt, § 357 Abs. 1 S. 1 AO. Gudrun Gulden ist als Absender ersichtlich, § 357 Abs. 1 S. 2 AO.*

*Die Einspruchsfrist beträgt einen Monat nach Bekanntgabe des Einkommensteuerbescheides, § 355 Abs. 1 S. 1 AO.*

## GESAMTFÄLLE

Die Bekanntgabefrist beginnt mit der Aufgabe zur Post m.A.d. 23. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 4 Tage, § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO. Die Bekanntgabefrist endet m.A.d. 27. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 1 BGB.

Die Einspruchsfrist beginnt daher m.A.d. 27. Oktober 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 1 Monat, § 355 Abs. 1 S. 1 AO. Die Einspruchsfrist endet m.A.d. 27. November 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB.

Der Einspruch wurde am 03. November 2025 eingelegt. Der Einspruch wurde aber nicht bei dem Finanzamt eingelegt worden, dass den Feststellungsbescheid erlassen hat (FA Zwickau), sondern bei dem für den Einkommensteuerbescheid = Folgebescheid zuständigen Finanzamt (FA Leipzig). Das Finanzamt Leipzig ist in diesem Fall eine zulässige Anbringungsbehörde, § 357 Abs. 2 S. 2 AO. Der Einspruch ist daher fristgemäß.

Gudrun Gulden wendet sich gegen die Höhe gesondert festgestellten Einkünfte aus Gewerbebetrieb aufgrund der nicht berücksichtigten Betriebsausgaben. Eine Beschwer liegt vor, § 350 AO.

Gudrun Gulden ist als Inhaltsadressat auch einspruchsbefugt. Eine Einschränkung der Einspruchsbefugnis nach § 352 AO liegt nicht vor, da es sich hier nur um eine gesonderte Feststellung und nicht um eine gesonderte und einheitliche Feststellung handelt.

Der Einspruch ist damit zulässig.

## GESAMTFÄLLE

**Fall 5:** Gudrun Gulden aus Leipzig betreibt einen Gewerbebetrieb in Zwickau. Das Finanzamt in Zwickau gibt am 29. September 2025 den Feststellungsbescheid zur Post. Gulden erhält den Feststellungsbescheid am 07. Oktober 2025. Am 27. Oktober 2025 (Aufgabe zur Post: 23. Oktober) erhält Gudrun Gulden auch den auf dem Feststellungsbescheid basierenden Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt Leipzig. Am 03. November legt Gulden schriftlich Einspruch beim Finanzamt Leipzig gegen den Einkommensteuerbescheid ein. Sie moniert, dass der Gewinn aus Gewerbebetrieb zu hoch ist, da Betriebsausgaben nicht im Feststellungsbescheid berücksichtigt wurden.

### **Lösung:**

**Erst einmal: Dies ist keine wahrscheinlich Aufgabe in der BiBu-Prüfung!**

*Grundsätzliche rechtliche Würdigung wie Fall 4.*

*Im Gegensatz zum Fall 4 (Einspruch gegen Feststellungsbescheid) liegt Gudrun Gulden hier Einspruch gegen den Folgebescheid ein. Dabei macht Sie aber nur Einwendungen geltend, die sich aus dem Folgebescheid ergeben.*

*Entscheidungen in einem Grundlagenbescheid können nur durch Anfechtung dieses Bescheids, nicht auch durch Anfechtung des Folgebescheids, angegriffen werden, § 351 Abs. 2 AO.*

*Der Prüfling könnte hier die Zulässigkeit zurückweisen, da der Einspruch richtigerweise beim Finanzamt Zwickau hätte eingelegt werden müssen. Diese Rechtsauffassung ist aber strittig, da der BFH den Einspruch eher als unbegründet ansieht.*

*Damit wäre dies keine typische BiBu-Aufgabe. Für die Praxis ist es unbeachtlich, ob der Einspruch unzulässig oder unbegründet ist. Er hat am Ende keinen Erfolg. Dies ist auch der Lerneffekt, der aus dieser Aufgabe mitgenommen werden soll.*

## GESAMTFÄLLE

**Fall 6:** Das Finanzamt gibt den Einkommensteuerbescheid am 22. Dezember 2025 zur Post. Peter Pfenning erhält den Bescheid am 27. Dezember 2025. Vor Wut über die hohe Nachzahlung will er unmittelbar beim Finanzamt Einspruch einlegen. Er war so erobert, dass er auf seiner Treppe stolperte und die komplette Treppe herunterfiel. Pfenning war sofort bewusstlos. Er wachte am 03. März 2026 aus dem Koma auf, erinnerte sich sofort an seinen geplanten Einspruch und gab den Einspruch nunmehr am 07. März 2026 beim Finanzamt ab.

**Lösung:**

*Der Einspruch ist zulässig, wenn alle Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt sind, § 358 AO.*

*Bei dem Einkommensteuerbescheid handelt es sich um einen Verwaltungsakt in Abgabenangelegenheiten, der Einspruch ist somit statthaft, § 347 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AO.*

*Der Einspruch wurde schriftlich eingelegt, § 357 Abs. 1 S. 1 AO. Peter Pfenning ist als Absender ersichtlich, § 357 Abs. 1 S. 2 AO.*

*Die Einspruchsfrist beträgt einen Monat nach Bekanntgabe des Einkommensteuerbescheid, § 355 Abs. 1 S. 1 AO.*

*Die Bekanntgabefrist beginnt mit der Aufgabe zur Post m.A.d. 22. Dezember 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 4 Tage, § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO. Die Bekanntgabefrist endet grds. m.A.d. 26. Dezember 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 1 BGB. Der 26. Dezember 2025 fällt auf einen Feiertag, daher verlängert sich die Frist auf den nächstfolgenden Werktag, § 108 Abs. 3 AO. Die Bekanntgabefrist endet daher erst m.A.d. 29. Dezember 2025.*

*Die Einspruchsfrist beginnt daher m.A.d. 29. Dezember 2025, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB. Die Frist dauert 1 Monat, § 355 Abs. 1 S. 1 AO. Die Einspruchsfrist endet 29. Januar 2026, § 108 Abs. 1 AO i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB.*

*Der Einspruch wurde am 07. März 2026 eingereicht und ist daher verfristet.*

## GESAMTFÄLLE

*Wenn Peter Pfennig eine gesetzliche Frist unverschuldet überschreitet, könnte ihr auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden, § 110 Abs. 1 AO. Die Einspruchsfrist ist eine gesetzliche Frist. Die Fristüberschreitung war durch seinen Unfall und dem Koma unverschuldet. Der Antrag ist durch die Einreichung des Antrages entbehrlich, § 110 Abs. 2 S. 3 AO, da die versäumte Handlung innerhalb der 1-Monats-Frist nachgeholt wurde.*

*Peter Pfennig wird Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt. Der Einspruch ist daher doch fristgerecht eingegangen.*







*Peter Pfennig wendet sich gegen die Höhe der Einkommensteuer. Eine Beschwerde liegt vor, § 350 AO.*

*Peter Pfennig als Inhaltsadressat ist auch einspruchsbefugt.*

*Der Einspruch ist damit zulässig.*



# AUSBLICK

<div>📅 04.01.2026, 09:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>USt-Basics: Steuerbarkeit von Lieferungen und sonstigen Leistungen</b> In diesem Webinar erhältst du eine fundierte und praxisnahe Einführung in die Steuerbar... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 5 Teilnehmer</div>
<div>📅 18.01.2026, 17:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>AO-Basics: Grundbegriffe</b> In diesem Webinar erhältst du eine kompakte Einführung in die grundlegenden Begriffe u... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 3 Teilnehmer</div>
<div>📅 08.02.2026, 09:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>KSt-Basic: Nichtabziehbare Aufwendungen</b> In diesem zweistündigen Webinar erhältst du einen Überblick über die nichtabziehbaren ... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 3 Teilnehmer</div>
<div>📅 22.02.2026, 09:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>USt-Basics: Unternehmer in der Umsatzsteuer</b> In diesem Webinar erhältst du eine Einführung in die Unternehmereigenschaft in der Um... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 2 Teilnehmer</div>
<div>📅 01.03.2026, 09:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>USt-Basics: Reihengeschäft</b> In diesem Webinar erhältst du eine fundierte und praxisnahe Einführung in die umsatzste... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 3 Teilnehmer</div>
<div>📅 08.03.2026, 09:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>AO-Basics: Steuerklärungen und Steuerfestsetzung</b> In diesem praxisorientierten Webinar erhältst du einen kompakten Überblick über die Gr... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 3 Teilnehmer</div>
<div>📅 18.03.2026, 18:00 Uhr</div> <div>✖ Nicht gebucht <span>🆓 Kostenlos</span></div>	<b>KSt-Basic: Verdeckte Gewinnausschüttung</b> In diesem dreistündigen Webinar erhältst du einen Überblick über verdeckte Gewinnauss... <div>Frühjahrsprüfung Herbstprüfung Nachhilfe</div>	<div>Jens Köhler </div> <div>👤 3 Teilnehmer</div>



<https://www.bibukurse.de/>